



Schon zum 40. Jahrestag gab es in Stuttgart eine Demonstration gegen den Radikalenerlass.

Foto: dpa/Sebastian Kahnert

# Das lange Warten auf Wiedergutmachung

Soll sich das Land bei Betroffenen des Radikalenerlasses entschuldigen? Bisher wurde stets auf eine ausstehende Studie verwiesen. Nun liegt sie vor – doch Ministerpräsident Winfried Kretschmann weicht dem Thema weiter aus. Ein junger Grüner aber prescht vor.

Von Andreas Müller

Es war ein Abend, der Peter Seimers Glauben an den Staat erschütterte. An der Verwaltungshochschule hat der 28-jährige Grünen-Landtagsabgeordnete Wirtschafts- und Steuerrecht studiert. Danach arbeitete er als Steuerfahnder und Strafverfolger, aus voller Überzeugung.

Er habe „den Staat verinnerlicht“, sagt er über sich. Doch was der hochgewachsene, älter wirkende Politiker mit dem markanten Kahlschädel neulich bei einer Diskussionsrunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hörte, bekannte er, „macht mich wütend und beschämt mich zugleich“. Eine „riesengroße Ungerechtigkeit“ sei da geschehen, echauffierte er sich, der Staat müsse sich bei den Betroffenen entschuldigen und sie entschädigen.

Es ging um ein Thema, das Seimer selbst gar nicht mehr erlebt hat: den vor 50 Jahren ergangenen Radikalenerlass, mit dem „Verfassungsfeinde“ vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten. Auch in Baden-Württemberg begann damals die Praxis der „Regelabfrage“ beim Verfassungsschutz, die Hunderten von jungen Leuten den Weg in den Wunschberuf verbaute oder zumindest erschwerte. Wer beim Gesinnungstest durchfiel, weil er sich etwa einmal in einer kommunistischen Gruppe engagiert hatte oder auch nur bei der „falschen“ Demonstration gesehen worden war, konnte nicht Lehrer, Briefträger oder Lokführer werden. So wollte der Staat die Unterwanderung durch seine Gegner verhindern. Als die Überprüfung im Südwesten 1991 schließlich endete, war Seimer noch gar nicht geboren; er ist Jahrgang 1993.

Gleichwohl beeindruckte es ihn tief, was unmittelbar Betroffene bei dem DGB-Forum aus jener Zeit berichteten – etwa Sigrid Altherr-König. Grund- und Hauptschullehrerin wollte die heute 69-Jährige werden, es war ihr „Traumberuf“. Doch die Erkenntnisse des Oberschulamts – über eine Kandidatur für den marxistischen Studentenbund oder die Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft – wurden zur unüberwindbaren Hürde. Durch drei Gerichtsinstanzen klagte sie sich und verlor jedes Mal. 1983 wurde sie

endgültig entlassen und durfte, wie sie sich erinnert, kurz vor dem Schuljahresende in ihrer Klasse „nicht einmal mehr die Zeugnisse austeilten“.

Es folgte die Umschulung zur Industriemechanikerin und ein Engagement als Gewerkschafterin, bis ein ermutigendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kam. 1996 stellte Altherr-König erneut einen Antrag, in den Schuldienst übernommen zu werden – diesmal mit Erfolg. 27 Jahre lang unterrichtete sie, „unbeanstandet“. Mit dem Ruhestand kam das „schlimme Erwachen“: Die Pension fiel so karg aus, dass sie bis heute dazuverdienen muss, durch Unterrichten. Sie gehöre ja zu den jüngsten Betroffenen, mahnte die Lehrerin, aber viele seien schon über 80. Da sei es höchste Zeit für eine Entschuldigung und Rehabilitation, in Einzelfällen auch für eine Entschädigung.

„Das Thema ist wirklich drängend“, bestätigte ihr der Abgeordnete Seimer. Er persönlich werde sich für eine rasche Lösung einsetzen, seine Fraktion und die zuständigen Ausschüsse des Landtags rängen noch darum.

Maßgeblich ist indes ein anderer Grüner, der nicht nur Zeitzeuge, sondern sogar Betroffener des Radikalenerlasses war: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (74). Weil er sich als Student in einer maoistischen Hochschulgruppe engagierte, stand seine Zukunft als Lehrer auf der Kippe: Zunächst musste er ums Referendariat zittern, dann an eine private Kosmetikschule ausweichen; erst die Fürsprache des früheren Hohenheimer Unirektors George Turner ebnete ihm den Weg in den Staatsdienst. Der kluge Hochschulchef erkannte schon damals, was Kretschmann erst später einsah: Es gehe um eine idealistisch motivierte Verirrung, die sich auswachsen werde. Er habe Glück gehabt, andere nicht, resümierte der Regierungschef Anfang 2022 in einem ARD-Interview. Damals zog er erstmals eine Entschuldigung in Betracht, aber nicht kollektiv, sondern nach Prüfung des Einzelfalles. Zunächst jedoch gelte es die wissenschaftliche

Aufarbeitung des Radikalenerlasses durch die Universität Heidelberg abzuwarten.

Das war allenthalben die Standardformel, seit sich der Zeithistoriker Edgar Wolfrum und sein Team 2018 an die Arbeit machten, gefördert mit 338 000 Euro vom Stuttgarter Wissenschaftsministerium. Inzwischen liegt das Werk vor („Verfassungsfeinde im Land?“), im Ziegelsteinformat mit 680 Seiten. Es stellt dem Radikalenerlass insgesamt ein schlechtes Zeugnis aus. Doch bisher wurde die Erwartung enttäuscht, Kretschmann werde sich nun endlich positionieren. Von Journalisten darauf angesprochen, reagierte er unlängst sichtlich genervt: Er habe gerade „sehr, sehr große Probleme“ zu lösen, Stichwort Gaskrise, seine Zeit und die der Ministerien sei begrenzt. „Nur weil irgendein Bericht zu einem Thema vorliegt, das seit zehn Jahren ausgewälzt wird“, könne er die „drängenden Fragen“ nicht hintanstellen. Man werde die Studie nun auswerten und dann weitersehen.

Dabei ist die Botschaft der Wissenschaftler ziemlich eindeutig. Wolfrum selbst äußert sich aktuell nicht: Er ist längerfristig erkrankt und hat zudem eine lästige Plagiatsaffäre am Hals, die gerade aufgearbeitet wird. Doch in diversen Interviews zu Jahresbeginn hielt er mit seinem Fazit nicht hinterm Berg. Für konservative Länder wie Baden-Württemberg und Bayern sei der Radikalenerlass ein „Geschenk des Himmels“ gewesen. Sie hätten einen regelrechten „Kulturkampf“ entfacht, der sich ganz überwiegend gegen Linke richtete.

Gemessen am Aufwand sei die Trefferquote höchst dürftig gewesen. Und überhaupt sei es anmaßend gewesen, die Entwicklung von Mittzwanzigern für ihr ganzes Leben vorhersagen zu wollen; da habe auch viel Willkür geherrscht. Fraglos sei der Radikalenerlass „ein Fehler“ gewesen, bilanzierte Wolfrum. Den heutigen Politikern brähe „kein Zacken aus der Krone“, wenn sie um Entschuldigung bäten. Es handele sich um „kollektives Unrecht“, folgert die Initiative der Betroffenen, was auch eine kollektive

Entschuldigung erfordere. Man erwarte nun schnelle Schritte zur Rehabilitation und Entschädigung.

Rückendeckung bekamen sie kürzlich von den Gewerkschaften. Es sei Zeit, „dass das vom Staat begangene Unrecht endlich anerkannt wird“. Auf der Basis von Unterstellungen seien die Lebensentwürfe vieler junger Menschen zerstört worden, monierte der DGB-Landeschef Kai Burmeister. Sein Verdi-Kollege Martin Gross appellierte direkt an den Ministerpräsidenten: „Geben Sie allen die Chance, dieses traurige Kapitel endlich zu schließen.“

Tatsächlich hängt alles an Kretschmann. Der zuständige Ausschuss des Landtags hatte die Studie zwar schon mal auf der Tagesordnung, vertagte sich aber ohne inhaltliche Beratung bis nach der Sommerpause. Wenn alle Zeit zur Lektüre hatten und im Staatsministerium „eine Positionierung erfolgt“ sei, diskutiere man weiter. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) zeigte sich zwar erfreut über die rege Resonanz auf die Forschungsarbeit; mehr könne die Förderung nicht bewirken. Weitere Konsequenzen aus den „Fehlern der Vergangenheit“ seien aber nicht Sache ihres Ressorts.

Auch für Klaus Lippis, einst Sprecher der Betroffenen, ist der Ex-Maoist Kretschmann „der Kernpunkt unserer Auseinandersetzung“. Seit zehn Jahren schreibe man ihm nun schon Briefe, auf die es kaum einmal Antwort gebe. Wenn doch, kämen wechselnde Ausreden – dass es ja keine Akten mehr gebe, dass man jeden Einzelfall anschauen müsste, dass die Heidelberger Studie zu lesen und auszuwerten sei. Offenbar setze er auf eine „biologische Lösung“, wolle warten, „bis wir alle abgekratzt sind“, formulierte Lippis drastisch. „Tieftraurig“ finde er das.

Wenn man wirklich Fall für Fall aufarbeite, sekundierte sein Mitstreiter Martin Hornung, „dann sind wir alle nicht mehr hier“. Geboten sei ein Fonds für Extremfälle, ausgestattet mit fünf Millionen Euro – gerade mal einem Viertel der „The Länd“-Kampagne. Winfried Kretschmann aber will sich nicht drängen lassen. „Die hatten schon lange Geduld“, beendete er seine unwirsche Replik, „und jetzt müssen sie sich halt noch mal gedulden.“

„Die hatten schon lange Geduld, und jetzt müssen sie sich halt noch mal gedulden.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident, über die Betroffenen des Erlasses, die auf Antworten warten.